

Sozialdemokratischer Pressediens

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d



Inhalt

Renate Schmidt MdB plädiert dafür, endlich mit der Rüstungskonversion zu beginnen: Mehr Waffen machen die Welt nur ärmer.

Seite 1

Klaus Wedemeier, Bürgermeister von Bremen, fordert Stärke und Humanität im Umgang mit Aussiedlern und Ausländern: Zimmermanns Politik wirkt gespenstisch.

Seite 4

Jan Oostergetelo MdB kritisiert die Massentierhaltung: Ergebnis einer verfehlten Agrarpolitik.

Seite 5

43. Jahrgang / 165

30. August 1988

Mehr Waffen machen die Welt nur ärmer

Ein Plädoyer, endlich mit der Rüstungskonversion zu beginnen

Von Renate Schmidt MdB

Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion

Stellvertretende Vorsitzende der bayerischen SPD

Das jüngst vom Stockholmer International Peace Research Institute (SIPRI) veröffentlichte Jahrbuch enthält alarmierende Zahlen: Mit einem Volumen von 1,4 Milliarden Dollar wurde die Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1987 zum fünftgrößten Waffenlieferanten der Welt, die Exportquote stieg im Vergleich zum Jahr 1986 um knapp 50 Prozent! Fast 70 Prozent aller Waffenexporte gehen in Nicht-NATO-Staaten.

Vom Sprecher der Regierung des Freistaates Bayern, den man/frau wohl aufgrund der Konzentration der Rüstungskonzerne als Waffenschmiede der Nation bezeichnen kann, ist hierzu kein Kommentar zu hören. Demgegenüber erklärt der Sprecher der Bundesregierung, Schmülling, es werde eine „restriktive Rüstungsexportpolitik“ betrieben, die von der Bundesregierung auch in Zukunft verfolgt werde. Durch eine Begrenzung und Kontrolle der Waffenlieferungen sei sie (die Bundesregierung) bestrebt, „einen Beitrag zur Sicherung des Friedens zu leisten“. Man/frau kommt nicht umhin, diese Aussagen als puren Zynismus zu werten.

Schon lange nicht mehr wurde so eindrucksvoll vor Augen geführt, daß politischer Handlungsbedarf besteht. Die Zeit der leeren Worthülsen im Sinne von „Frieden schaffen mit immer weniger Waffen“ ist endgültig vorbei, es muß endlich gehandelt werden. Mehr Waffen machen die Welt nicht sicherer, sondern nur ärmer, konstatierte Willy Brandt bereits vor langer Zeit. Hinzuzufügen bleibt, daß Rüstungs(exporte) in die Länder der Dritten und Vierten Welt nicht nur dann tödlich sind, wenn dort kriegerische Auseinandersetzungen stattfinden: Für entwicklungs-politische Aufgaben dringend benötigte Gelder werden sinnlos vergeudet.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressediens GmbH
Heuseallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204-08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verpflichtung Umgang
mit recyceltem Rohmaterial
Recycling-Papier



Eine der größten Waffenschmieden der Bundesrepublik ist der Großraum München (so flossen zum Beispiel im Jahre 1984 40 Prozent der Zahlungen des Bundeswehrbeschaffungsamtes nach Bayern). Dies macht deutlich, daß in Bayern die Möglichkeit besteht, konkret etwas gegen den Rüstungswahnsinn zu unternehmen.

Die bayerische SPD hat auf ihrem letzten Parteitag ein konkretes Konzept zur Einschränkung und Umstellung der Rüstungsproduktion auf zivile Fertigung (Rüstungskonversion) verabschiedet. Die Zahlen des Stockholmer SIPRI-Institutes machen erschreckend deutlich, wie notwendig es ist, dieses Konzept in die praktische Politik umzusetzen.

Es ist nicht länger hinzunehmen, daß Milliardensummen für Rüstung ausgegeben und einerseits in den Industrieländern die Erfüllung dringender gesellschaftlicher Aufgaben wie Umweltschutz, Gesundheitsförderung, Bildungspolitik, soziale Sicherung, umweltschonende Energie- und Verkehrsversorgung vernachlässigt werden, andererseits in den Ländern der Dritten und Vierten Welt nicht die notwendigen Summen zur Beseitigung von Hunger und Elend zur Verfügung stehen.

Konkrete Schritte zur Rüstungskonversion sind möglich, benötigen allerdings einen längeren zeitlichen Vorlauf und müssen durch eine Abrüstungs- und Entspannungspolitik flankiert werden. Hierzu schlagen wir die folgenden Maßnahmen vor:

1. Abbau der Rüstungsexporte und Senkung der Rüstungsausgaben durch

- 0 Verbot des Exports von Waffen(teilen) und/oder Produktionsanlagen in Staaten außerhalb der NATO;
- 0 Verbot des Exports von Rüstungsgütern in NATO-Staaten, in denen Menschenrechte verletzt werden;
- 0 Änderung des Kriegswaffenkontrollgesetzes sowie des Außenwirtschaftsgesetzes, um Rüstungsexporte in andere Staaten zu verhindern und eine parlamentarische Kontrolle zu ermöglichen;
- 0 Einfrieren des Rüstungshaushalts auf dem Stand von 1982;
- 0 Strecken und Streichen von Projekten, die weit in die Zukunft reichende Konsequenzen haben (beispielsweise Jäger 90), keine Erweiterung des Titels Rüstungsforschung und -entwicklung;

- 0 Setzen klarer entspannungspolitischer Signale durch die Streichung der für die andere Seite besonders bedrohlich wirkenden Großprojekte;
 - 0 keine Verlängerung der Beschaffung im Rahmen der zweiten Beschaffungswelle sowie ein sehr viel bescheidenerer Einstieg in eine neue Waffengeneration;
 - 0 Ausstieg aus den NATO-Plänen einer verstärkten konventionellen Aufrüstung.
2. Umstellung der Rüstungsproduktion durch
-
- 0 Durchsetzung der erweiterten Mitbestimmung auf Betriebs- und Unternehmensebene;
 - 0 Gründung eines Rates für Abrüstung und Konversion unter Einbeziehung von Friedensforschungsinstituten, Gewerkschaften, Rüstungsunternehmen, des Staates, der Bundeswehr und des Parlaments;
 - 0 Vergabe von Rüstungsaufträgen nur an Betriebe, die nach Auftragerfüllung die Produktion auf zivile Fertigung umstellen;
 - 0 Förderung der Umstellung durch weitere Auflagen und gegebenenfalls Abnahmegarantie für zivile Produkte;
 - 0 Errichtung eines Konversionsfonds, finanziert durch Mittel aus dem Verteidigungsministerium, der regionalen Wirtschaftsförderungsprogramme und der Rüstungsindustrie (zum Beispiel);
 - 0 modellhafte Umstellung in Rüstungsunternehmen mit staatlichen Kapitalanteilen;
 - 0 Bereitstellung von Mitteln aus dem Bundesministerium für Forschung und Technologie für beispielhafte Umstellungsprojekte.

Die Rüstungsexportpolitik der Bundesrepublik ist ein Skandal. Es gilt jetzt und umgehend Maßnahmen zu ergreifen, die sowohl in der Bundesrepublik als auch in den Ländern der Dritten und Vierten Welt Mittel freisetzen, die für gesamtgesellschaftlich wichtige Aufgaben dringend benötigt werden.

Wir können uns die Verschwendung gesellschaftlicher und materieller Ressourcen nicht länger leisten. Rüstung tötet auch bereits in Friedenszeiten tausendfach. Heute muß umgesteuert werden, um gesellschaftspolitische Katastrophen zukünftig zu verhindern.

Rüstungskonversion schafft Arbeitsplätze und zwar sicherere als Rüstungsexport.

Gerade in Bayern muß das Geschäft mit dem Tod ein Ende finden.

(-/30.8.1988/vo-he/rs)

* * *

Zimmermanns Ausländerpolitik mutet gespenstisch an

Unser Land muß Stärke und Humanität beweisen

Von Klaus Wedemeier
Bürgermeister der Hansestadt Bremen

Eine konsequentere gesellschaftliche Integration ausländischer Mitbürger und Aussiedler sowie eine Beibehaltung des anerkannten Asylrechts für politisch Verfolgte ist geboten. Die Bundesregierung ist aufgefordert, endlich geeignete Maßnahmen gegen Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhaß zu ergreifen. Bei dieser wichtigen Aufgabe sind die Kirchen und gesellschaftlichen Gruppen wirkungsvoll einzubeziehen; auch in den Schulen muß der interkulturellen Erziehung mehr Bedeutung beigemessen werden.

Eine ideologische Anknüpfung an Vorstellungen von „nationaler Identität“, „Homogenität der Gesellschaft“ ist entschieden abzulehnen. In einer Zeit der europäischen Integration, der wachsenden gegenseitigen Verflechtung der Staaten und Völker und angesichts der Erfahrungen, die gerade Deutsche mit nationalem Dünkel und rassistischem Überlegenheitswahn gemacht haben, wäre es verhängnisvoll, antiquierte Vorstellungen zur Grundlage der Ausländerpolitik zu machen. Im übrigen würden dadurch der innere und äußere Frieden gefährdet und die politischen und rechtlichen internationalen Verpflichtungen der Bundesrepublik verletzt.

Die seit Jahren angekündigte Reform der Ausländergesetze ist dringend geboten. Wenn es nach den jetzt bekannt gewordenen Gesetzesentwürfen des Bundesministeriums des Inneren geht, dann steht im Vordergrund nicht die als notwendig erkannte stärkere Hilfe zur Integration, sondern die Abschreckung durch Begrenzung des weiteren Zuzugs. Die in diesen Entwürfen enthaltene Unterscheidung zwischen „Deutschen“ und „Ausländern“ ist äußerst fragwürdig: Der Bundesinnenminister schaukelt darin diese Unterscheidung ideologisch und emotional hoch und macht sie damit zur Grundlage einer Ausländerabrechnungspolitik. In einer Zeit der europäischen Einigung wird dies endgültig gespenstisch.

Im übrigen ist zu fordern, daß Deutsche aus Osteuropa, insbesondere aus der Volksrepublik Polen, der Sowjetunion und aus Rumänien, die dort noch heute unter den Folgen des Zweiten Weltkrieges - insofern als Opfer der Aggressionskriege Hitlerdeutschlands - zu leiden haben, im Bundesgebiet aufgenommen, untergebracht und ins soziale kulturelle und wirtschaftliche Leben integriert werden.

Eine der größten politischen Leistungen der Bundesrepublik war die Integration von Millionen deutscher Flüchtlinge nach dem Zweiten Weltkrieg - zu einer Zeit, zu der die Städte in Schutt und Asche lagen und die Bevölkerung hungerte und fror. Bis 1950 wurden rund 7,8 Millionen Flüchtlinge in der Bundesrepublik aufgenommen. Heute leben wir im Wohlstand, nicht zuletzt auch aufgrund der Mitarbeit jener Flüchtlinge. Dies trifft ebenso auf die ausländischen Mitbürger zu, die - durch ihren Einsatz - den Wohlstand in der Bundesrepublik tatkräftig untermauert haben. Die Bundesrepublik als eines der reichsten Länder dieser Erde muß jetzt Stärke und Humanität zeigen.

(-/30.8.1988/vo-he/rs)

* * *

Ergebnis einer verfehlten Agrarpolitik

Bemerkungen zur Massentierhaltung

Von Jan Oostergetelo MdB

Obmann im Bundestagsausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Viele landwirtschaftliche Betriebe haben sich in den vergangenen Jahren aus ökonomischen Gründen auf intensiv wirtschaftende Betriebszweige spezialisiert, um möglichst billig zu produzieren und EG-weit wettbewerbsfähig zu sein. Das bedeutet für die Viehhaltungszweige, möglichst viele Tiere auf wenig Raum zu halten mit einer arbeitszeitsparenden Technik (rationelle Fütterung, Flüssigentmischung) sowie einem hohem Umtrieb/Platz, um Betriebsmittelkosten, wie zum Beispiel Stallplatz-, Arbeits-, Futtermittelkosten zu senken. Dieses hat leider auch noch mit Hilfe staatlicher Förderung (Steuer/Subvention) zwangsläufig die flächenunabhängige Tierhaltung zur Folge gehabt, die durch Reduktion der Stückkosten die Vorteile der Massenproduktion ausnutzt und auch jetzt noch durch umsatzgebundene Hilfen gefördert wird.

Viele Betriebe, die mit dieser Entwicklung nicht Schritt halten konnten, gaben auf, gingen in den Nebenerwerb oder verdingten sich als Lohnmäster bei Großbetrieben.

Die Auswirkungen dieser verfehlten Agrarpolitik sind entsprechend verheerend auf allen Gebieten der Landwirtschaft:

Auf dem Tiersektor geht die Massentierhaltung einher mit

- der Erhöhung des Krankheitsdrucks, was den prophylaktischen Einsatz von Medikamenten begünstigt,
- dem Einsatz von Masthilfsmitteln (siehe jetziger Kälberskandal),
- tierschutzwidrigen Haltungsformen aufgrund des unzulänglichen Tierschutzgesetzes,
- Gülleprobleme (zum Beispiel Nitrateintrag in das Grundwasser).

Die Massentierhaltung führt zu Überproduktion, immer stärkerer Spezialisierung und Umweltbelastung.

Auf dem pflanzlichen Sektor führt die Spezialisierung zu Betrieben, die zum Teil völlig viehlos wirtschaften, und zu Problemen, wie

- Einengung der Fruchtfolgen auf wenige, vor allem gut mechanisierbare Früchte,
- Erhöhung des Pestizid- und Düngemittelsinsatzes mit der Gefahr des Eintrags in das Grundwasser.

Die Folge ist auch hier Überproduktion, der Versuch, die Betriebsmittelkosten durch weitere Spezialisierung zu senken und Umweltprobleme.

Als Ergebnis dieser Teufelskreise haben wir den enormen Rückgang der Zahl der landwirtschaftlichen Familienbetriebe zu verzeichnen, die Zunahme der Großbetriebe, die Zerstörung der landwirtschaftlichen und damit auch der ländlichen Struktur sowie nicht zuletzt die zunehmende Umweltbelastung. In den ländlichen Regionen greifen die Agrarprobleme auch auf andere Wirtschaftszweige über.

Die Massentierhaltung ist also nur die Spitze des Eisberges.

Wir brauchen dringend eine Reform der Agrarpolitik, wie die SPD dies schon seit Jahren fordert.

Ich fordere die Bundesregierung eindringlich auf, das von der Koalition bereits beschlossene Strukturgesetz endlich zu konkretisieren. Strukturpolitik muß dabei die Erhaltung der bäuerlichen Familienbetriebe bedeuten und eine Abkehr von der Förderung der Agrarfabriken nach dem Motto „Wachse oder Weiche“. Wir brauchen wieder eine Dezentralisierung der Erzeugung im gesamten ländlichen Raum mit einer entsprechenden Produktionsvielfalt auf den Betrieben. Denn nur die bäuerliche Struktur kann einen Ausgleich zwischen Ökonomie und Ökologie durch ihre Vielfalt schaffen und gleichzeitig die Versorgung der Bevölkerung in Krisenzeiten sichern. Zu unterstützen ist die Strukturpolitik durch eine wirksame Einschränkung des Konzentrationsprozesses. Wir brauchen deshalb flächenbezogene, EG-weite Bestandsobergrenzen inklusive einer wirksamen Begrenzung der zulässigen Dungeinheiten (DE) pro Hektar sowie eine artgerechte Tierhaltung, die den Einsatz von Tierarzneimitteln und Masthilfsmitteln ökonomisch uninteressant macht.

Einkommensschwache, bedürftige Betriebe müssen durch direkte produktionsneutrale Einkommenshilfen gestützt werden. Die Umstellung von überschußtreibenden, produktionsgebundenen Hilfen hin zu direkter produktionsneutraler Einkommenshilfe ist Voraussetzung für eine Reform, die die Vielfalt erhält, finanzierbar bleibt und eine umweltgerechte Landbewirtschaftung ermöglicht.

Wir müssen endlich von der einseitig technisch-ökonomischen Bewertung der landwirtschaftlichen Produktion wegkommen und die Bedürfnisse von Mensch, Tier und Umwelt berücksichtigen, den ländlichen Raum in seiner Sozialfunktion unterstützen und Agrarpolitik als Politik für den ganzen ländlichen Raum begreifen!

(-/30.8.1988/vo-he/rs)

• * •